

Valiant erzielt einen Erfolg

ÜBERNAHME Die Valiant-Bank muss den ehemaligen Aktionären der Spar + Leihkasse Steffisburg im Nachhinein keinen aufgebesserten Preis bezahlen. Dies sagt ein erstinstanzliches Urteil.

Die Berner Regionalbank Valiant kann vielleicht schon bald ein weiteres Kapitel ihrer Vergangenheit abschliessen. Das Bezirksgericht Luzern hat die Klage des deutschen Wirtschaftsprofessors Ekkehard Wenger gegen die Valiant Holding AG betreffend die Übernahme der Spar + Leihkasse Steffisburg AG vollumfänglich abgewiesen.

Umtauschverhältnis war angemessen

Das Gericht hat damit Valiant recht gegeben, dass bei der Übernahme im Jahre 2009 das Umtauschverhältnis der Aktien angemessen war und im Ermessensspielraum der Verwaltungsräte lag. Im Herbst 2010 stürzte die Valiant-Aktie von rund 200 Franken auf gut 120 Franken ab. Die Finma warf der damaligen Valiant-Spitze unter dem Präsidenten Kurt Streiter im Jahr 2012 Marktmanipulation vor.

Vorwurf: Aktionären entgingen 60 Millionen

Valiant hatte die Spar + Leihkasse mit 74 Millionen Franken bewertet und den Kaufpreis grösstenteils mit Valiant-Aktien bezahlt, die sie zum damaligen Kurs von rund 200 Franken bewertete. Nach Ansicht von Wenger betrug der faire Wert einer Valiant-Aktie aber nur 110 Franken. Auf diese Weise seien die Aktionäre um 30 Millionen Franken gebracht worden. Zudem sei die Spar + Leihkasse um 30 Millionen Franken zu tief bewertet worden. Insgesamt sind also laut Wenger den ehemaligen Aktionären der Spar + Leihkasse 60 Millionen Franken entgangen.

Das jüngste Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Es kann an das Kantonsgericht Luzern weitergezogen werden.

Stefan Schnyder

SITZUNG DES THUNER STADTRATS

Jetzt beginnt die Planung der künftigen

Der Thuner Stadtrat sagte gestern Abend einstimmig Ja zum 3,35-Millionen-Franken-Kredit für die Thuner Ortsplanung. Damit kann nun die künftige Entwicklung der Stadt aufgeleitet werden.

Der Thuner Zonenplan und das Baureglement sind in die Jahre gekommen, sie wurden 2002 genehmigt. «Verschiedene Punkte sind nicht mehr zeitgemäss, zudem ist die Planungssicherheit nicht mehr überall gewährleistet», fasste Gemeinderätin Marianne Dumermuth (SP) die Mängel zusammen. Ein Zeichen dafür seien auch diverse politische Vorstösse, die bisher unbehandelt blieben. Mit einer Gesamtrevision der Ortsplanung wolle man eine optimale bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ermöglichen. So geht die Stadt davon aus, dass Thun in den nächsten 15 Jahren um etwa 5000 Einwohner wachsen wird. «Die Revision wird viel Arbeit geben, dazu braucht es auch externe Experten», sagte Dumermuth. Dafür rechnet die Stadt 1,69 Millionen Franken ein. Da auch die internen Abteilungen befristet um 260 Stellenprozente aufgestockt werden, beläuft sich der Gesamtkredit auf 3,35 Millionen Franken. Bei der Planung, die 2018 in die öffentliche Mitwirkung gehen soll, werde auch die Bevölkerung miteinbezogen. Um das Gesamtpaket der Ortsplanung, das dem fakultativen Referendum unterliegt, nicht zu gefährden, «wäre es auch denkbar, einzelne problematische Gebiete aus dem Plan zu nehmen», sagte Dumermuth.

LoB für transparente Auflistung der Kosten

Von Kritik war in der anschließenden Ratsdebatte aber noch nichts zu spüren. Über alle Fraktionen hinweg wurde die transparente Darstellung der Kosten gewürdigt. Bei der letzten Revision von 2002 war das noch nicht so, damals wurden nur die exter-



Blick über Thun, das Tor zum Oberland: Im Rahmen der anlaufenden Revision der Ortsplanung wird die künftige Entwicklung der Stadt aufgeleitet. Die Stadt rechnet

«Die Revision wird viel Arbeit geben, dazu braucht es auch externe Experten.» Marianne Dumermuth

nen Kosten von 1,4 Millionen Franken ausgewiesen.

Die SVP/FDP-Fraktion wies darauf hin, dass ihr die Entwicklung von genügend Arbeits- und Gewerbebezogen am Herzen liegt. Hier biete sich eine Chance, die Stadt zu entwickeln, sagte Fraktionssprecher Serge Lanz (FDP). Weiter seien auch eine gute Kostenkontrolle und eine klare Kommunikation wichtig. Auch BDP-Sprecher Peter Aegerter wies auf die Bedeutung des Gewerbes hin, dieses müsse neben dem Wohnen auch Platz haben.

Andrea de Meuron (Grüne) verglich die Ortsplanung mit einem Mosaik, «das heute aber einem Flickwerk gleicht». Grosse Hoffnungen setze sie bei der Klärung der vielen offenen Fragen in die Beteiligung der Öffentlichkeit. Dort hakte auch Andreas Kübli (GLP) namens der Fraktion der Mitte ein. «Da kommt ein riesiger Veränderungsprozess auf uns zu. Da müssen auch Leiste und Verbände frühzeitig einbezogen werden», sagte Kübli. Auch SP-Sprecher Adrian Christen wünschte sich den Einbezug verschiedenster Gruppen und hoffte auf eine künftige Vereinfachung des Baureglements.

Marianne Dumermuth zeigte sich am Schluss erleichtert und erfreut über die breite Zustimmung. Denn der Kredit wurde einstimmig bewilligt.

Roland Drenkelforth

TEILREVISION PERSONALREGLEMENT

Das Thuner Lohnsystem wird angepasst – neu

Die Anpassung des Thuner Lohnsystems gab im Stadtrat einiges zu reden. SP und Grüne stellten gar einen Rückweiserungsantrag – erfolglos. Mit 24 zu 14 Stimmen wurde die Anpassung angenommen.

Rund ein Viertel der 600 städtischen Angestellten ist heute in der obersten Lohnstufe eingeordnet. Damit haben sie keine finanziellen Entwicklungsmöglichkeiten mehr. Der Gemeinderat schlug deshalb in einer Teilrevision des Personalreglements vor, die Lohnskala von 36 auf 60 Stufen zu erhöhen. Gleichzeitig sollte der Automatismus beim Stufenanstieg zugunsten einer stärkeren Gewichtung und

Honorierung der Leistung gestrichen werden. «Damit wird die Stadt Thun als Arbeitgeber attraktiver», betonte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) im Stadtrat. Mit der Bereitstellung von 90 000 Franken für einmalige Leistungsprämien sei es möglich, ausserordentliche Leistungen zu honorieren. Die Anpassung der Lohnstufen führt zudem zu jährlichen Mehrkosten von 31 500 Franken. Der Maximallohn erhöht sich von heute 214 516 auf neu 227 463 Franken. Bei der SP und bei den Grünen kam die geplante Änderung jedoch schlecht an. Die beiden Parteien stellten einen Rückweiserungsantrag. «Die Vorlage ist unausgereift und nicht mit den

Lebhafter Schlagabtausch mit Blick auf die Wahlen

THUN Auf Einladung von Syndicom, der Gewerkschaft für Medien und Kommunikation, lieferten sich die Nationalräte Corrado Pardini (SP) und Albert Rösti (SVP) auf dem Podium im Hotel Freienhof einen regen Schlagabtausch.

«Was haben sie als Familienväter empfunden, als sie das Foto vom dreijährigen Aylan sahen, der tot am türkischen Strand liegt?», führte Moderator Stefan Geissbühler, Chefredaktor dieser Zeitung, direkt in die aktuellste öffentliche Debatte dieser Tage. Beide Nationalräte auf dem Podium reagierten sehr betroffen und traurig. Danach jedoch wurden ihre Differenzen rasch spürbar: «Es werden immer mehr Flüchtlinge durchgewinkt», warf Albert Rösti überzeugt in die Diskussion. «Wir haben ein riesiges Problem mit der Flüchtlingsangelegenheit. Kriegsflüchtlinge brauchen unseren Schutz, aber Wirtschaftsflüchtlinge nicht. Die Leute hier aus Eritrea rufen zu Hause an und erzählen, wie gut es ihnen in der Schweiz geht. Das ist ein Nährboden für die Schlepper.» Mit Angriffslustiger Gelassenheit kontierte SP-Politiker Corrado Pardini: «Das Staatssekretariat für Migration macht seine Arbeit sehr genau und lässt keine echten Wirtschaftsflüchtlinge durch.

Das sind Top-Fachleute, die ihr Handwerk verstehen! Ausserdem gebe es kein Land auf der Welt, das Flüchtlinge aus Eritrea aufgrund der politischen Verhältnisse derzeit ablehne. Viele von ihnen seien tatsächlich an Leib und Leben gefährdet. Die Schweiz müsse diese Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention einhalten.

«Ungehaltene Folgen»

An der Veranstaltung im Hinblick auf die Wahlen in einem Monat sprach sich der Utendorf SVP-Nationalrat Rösti – er kandidiert auch für den Ständerat – für schärfere Schweizer Grenzkontrollen aus. «Wenn die Balkanroute dichtgemacht wird, kann das ungehaltene Folgen für unser Land haben. Denn die Flüchtlinge suchen sich neue Wege.» Gleichzeitig sprach sich Rösti für Hilfe vor Ort aus, etwa in den Flüchtlingslagern im Libanon und in der Türkei. Den Vorschlag von Pardini, gemeinsam im Parlament für ebendiese Hilfe

dort zu kämpfen, nahm Rösti unter Vorbehalt an: «Nur, wenn wir nicht mehr Geld ausgeben.» Damit allerdings war Nationalrat Pardini, der ebenfalls wieder kandidiert, nicht zufrieden. Solche Notausgaben dürften nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit gehen.

«Unsägliche Entscheidung»

Auf Angriff ging Pardini beim Thema Franken-Euro: Die Aufhebung des Mindestkurses durch die Nationalbank sei eine «unsägliche Entscheidung» gewesen. Jetzt gingen Arbeitsplätze verloren. Es drohe die Gefahr einer Entindustrialisierung der Schweiz: «Die Nationalbank hätte die Pflicht, für Preisstabilität zu sorgen und die Konjunktur im Auge zu behalten.» Albert Rösti setzte dagegen, der Schweizer Notenbank dürfe man nicht ins Handwerk pfuschen: «Die Nationalbank ist unabhängig und hat nach ihrem Ermessen richtig gehandelt!«

Die Podiumsdiskussion hatte mit halbstündiger Verspätung begonnen, weil die beiden Nationalräte wegen Abstimmungen zuvor im Bundeshaus anwesend sein mussten. Es war ein Tag mit



Versöhnliche Geste nach heftigem Schlagabtausch (v. l.): SP-Nationalrat Corrado Pardini, SVP-Nationalrat Albert Rösti, Moderator Stefan Geissbühler.

Markus Hubacher

wohl historischen Entscheiden: Zum einen wurde das Bankgeheimnis für Ausländer aufgehoben. «Auf Druck des Auslands», kommentierte Rösti, «hoffentlich fällt bald auch das Bankgeheimnis fürs Inland», hoffte Pardini. Zum andern beschloss der Ständerat eine AHV-Renten-Erhöpfung. Pardini freute sich: «70

Franken mehr Rente sind dringend notwendig. Seit 20 Jahren gab es keine Rentenerhöhung mehr!» Rösti kontierte: «Wir sind zwar für die kleinen Leute, aber nicht auf Kosten einer Mehrwertsteuererhöhung. Wir haben wegen der gestiegenen Lebenserwartung bereits ein AHV-Finanzierungsproblem.»

Bei allem Dissens in der lebhaften Diskussion vor gut 50 Personen waren sich die Parlamentarier einig, dass ein solcher Schlagabtausch zum Wesen unserer direkten Demokratie gehöre. Beide gaben der Hoffnung Ausdruck, dass diese Politikkultur auch in 20 Jahren in der Schweiz noch lebendig sei. Christina Burghagen

Entwicklung Thuns



für die nächsten 15 Jahre mit einem Zuzug von etwa 5000 Einwohnern.

Markus Hubacher

Der Rat genehmigt einstimmig den Projektierungskredit

Als flankierende Massnahme zum Bypass Thun-Nord wird in Teilen der Innenstadt Einbahnverkehr eingeführt. Der Rat hat den Kredit über 295 000 Franken für die Ausarbeitung des Projekts einstimmig und diskussionslos genehmigt.

«Es geht heute Abend nicht um die Gestaltung der flankierenden Massnahmen, sondern lediglich um den Kredit für die Ausarbeitung des Bauprojekts», stellte Gemeinderat Konrad Hädener (CVP) gleich zu Beginn klar. Er wollte offenbar allfälligen Diskussionen über Details zur Umsetzung des geplanten Einbahnregimes auf der Allmendbrücke und auf der Sinnebrücke Vorschub leisten, welche er im Rat erwartet hatte (vgl. auch Grafik unten).

Zur Erinnerung: Um das Bauprojekt für diese Begleitmass-

nahme zum Bypass Thun-Nord auszuführen, beantragte der Gemeinderat dem Stadtrat einen Kredit über 295 000 Franken (wir berichteten). Der Bypass Nord wird zurzeit gebaut und circa 2018 in Betrieb genommen. Die Ausarbeitung für das Bauprojekt soll nun aufgenommen werden, das Bewilligungsverfahren ist für 2016/2017 vorgesehen. Für die Strassenraumgestaltung wird mit Gesamtkosten von 5,1 Millionen Franken gerechnet, an denen sich auch Kanton und Bund beteiligen.

Im Grundsatz unbestritten

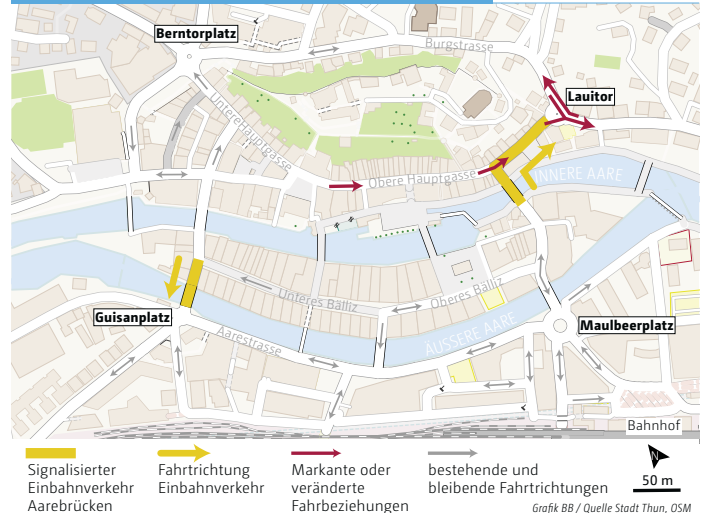
Über die Parteigrenzen hinweg waren die Massnahmen in der Innenstadt unbestritten. «Das Projekt ist unbestritten, die Sachkommission wird lediglich die Honorare im Auge behalten», sagte Simon Werren im Namen der Sachkommission und auch

gleich für seine Fraktion, diejenige der BDP. Ebenfalls die Grünen befürworteten die Einbahnregimes, betonten jedoch, wie wichtig ihnen die Sicherheit sei, wie Andrea de Meuron erklärte. Und für die Fraktion der Mitte meinte Stadtrat Lukas Rohr (CVP): «Es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn wir diese Massnahmen nicht umsetzen würden.» Auch die SVP/FDP-Fraktion steht hinter dem Einbahnregime. Einzig: «Einige von uns verstehen nicht», sagte SVP-Stadtrat Michael Dähler, «weshalb nicht nur die Busse, sondern auch die Taxis vom Einbahnverkehr ausgeschlossen sind.»

Auch die SP-Fraktion befürwortet die Einbahnregimes. «Wir schlagen aber vor», sagte Sprecher Alfred Blaser, «dass die konkrete Gestaltung dereinst in die Vernehmlassung gehen kann.»

Fränziiska Streun

SO FLIESST KÜNFTIG DER VERKEHR IN DER THUNER INNENSTADT



→ Signalisierter Einbahnverkehr Aarebrücken
→ Fahrtrichtung Einbahnverkehr
→ Markante oder veränderte Fahrbeziehungen
→ bestehende und bleibende Fahrrichtungen

50 m
Grafik BB / Quelle Stadt Thun, OSM

gibt es 60 statt 36 Lohnstufen

Sozialpartnern abgesprochen», sagte Martin Allemann (SP). Die Stadt habe lediglich eine Vernehmlassung durchgeführt, aber mit der Gewerkschaft VPOD keine Verhandlungen geführt. «Das hat nichts mit guter Sozialpartnerschaft zu tun», fand Allemann.

Bei den Bürgerlichen stiess der Rückweisungsantrag auf kein Verständnis. Der Verzicht auf den automatischen Lohnanstieg über die sogenannten Erfahrungsstufen sei ein «fairer Preis für die neue Lösung», meinte Serge Lanz (FDP). Auch Matthias Wiedmer (SVP) fand, dass eine Rückweisung keinen Sinn mache, «nur weil ein Verband gegen eine Vorlage ist».

Stadtpräsident Lanz zeigte sich «erstaunt» über den Rückweisungsantrag. Man sitze regelmässig mit den Personalvertretern zusammen, und ausser der Abschaffung der Erfahrungsstufen habe man keine Differenzen. «Diese Rhetorik der Gewerkschaften ist der Totengräber der Sozialpartnerschaft», sagte ein aufgebracht **Lanz**.

Der Rückweisungsantrag wurde mit 24 zu 14 Stimmen abgelehnt und das ab dem 1. Juli 2016 geltende neue Lohnsystem schliesslich mit dem gleichen Ergebnis angenommen. «Die Lohnsumme wird dadurch nicht übermässig steigen», versprach **Lanz**. Die Stadt erhalte aber mehr Spielraum und ein gerechteres Lohnsystem. *rdh*

In Kürze

NACHTRUHE Motion zurückgezogen

SP-Stadträtin Alice Kropf hat die Motion «Verschiebung der Nachtruhe» an der Sitzung gestern zurückgezogen (vgl. Ausgabe von gestern). Das Problem sei geringer als angenommen. Es fanden Gespräche statt. «Die Motion soll diese nicht stören.» *sft*

SACHKOMMISSION Weber ist gewählt

Für die zurückgetretene Sandra Ryser (SVP) wählte der Stadtrat neu Daniela Weber (SVP) in die Sachkommission Präsidiales und Finanzen. *rdh*



Eine exclusive Brille muss nicht teuer sein. Brille: **Fielmann**.

Fielmann zeigt Ihnen die ganze Welt der Brillenmode – zum garantiert günstigsten Preis. Denn Fielmann bietet Ihnen die Geld-zurück-Garantie.*

Moderne Komplettbrille mit Einstärkengläsern, 3 Jahre Garantie. **CHF 47.50**

Sonnenbrille in Ihrer Stärke Metall oder Kunststoff, Einstärkengläser, 3 Jahre Garantie. **CHF 57.50**

*Geld-zurück-Garantie

Sehen Sie das gleiche Produkt innerhalb von 6 Wochen nach Kauf anderswo günstiger, nimmt Fielmann den Artikel zurück und erstattet den Kaufpreis. Brille: Fielmann.

Fielmann
www.fielmann.com